

10/X. 1918

139

Die deutschen Wirtschaftsinteressen im Ausland.

Die Vereinigung zur Förderung deutscher Wirtschaftsinteressen im Ausland, Sitz Köln, hatte heute früh zu einer Hauptversammlung zahlreiche Kreise aus Industrie und Handel im großen Saale des „Kaiserhofs“ (Berlin) vereinigt, in der Handelskammer-Syndikus Dr. Brandt (Düsseldorf) einen Vortrag hielt über „Zwangssyndikate und Staatsmonopole“. Redner kam am Schluß seines mit Beifall aufgenommenen längeren Vortrages zu dem Ergebnis, daß Zwangssyndikationen nicht eher einzuführen wären, als bis Handel und Industrie von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit überzeugt wären und Schädigungen nicht zu erwarten seien. Folgende Entschliebung gelangte zur Annahme:

Die Vereinigung zur Förderung der deutschen Wirtschaftsinteressen im Auslande hält die freiheitliche Wirtschaftsordnung, der Deutschlands Wirtschaftsaufschwung in der Vergangenheit zu danken war, auch in der Zukunft für die richtige Grundlage der deutschen Volkswirtschaft. Daher muß sie dem Ruhe einzelner Industrien nach Zwangssyndizierung und dem Verbot neuer Industrie-Gründungen und dem Bestreben des Reiches, große Industriezweige und die Umsätze wichtiger Rohstoffe durch Monopole in die Hand des Staates zu bringen, entgegenzutreten. Der Wunsch nach Zwangssyndizierung mag dem Standpunkte der augenblicklichen Nützlichkeit für einzelne Industrielle entsprechen, die Allgemeinheit der Gewerbe darf dem Versuch nicht zustimmen, wichtige Teile der Industrie durch unzumutbare Bindungen oder durch Aufrechterhaltung der durch den Krieg oder die Uebergangswirtschaft nötig gewordenen zwangsläufigen Industrieorganisationen oder durch die Einrichtung von Reichsmonopolen starkem staatlichen Einflusse zu unterwerfen, der die einseitige Wahrung des rein fiskalischen Standpunktes immer vor der Notwendigkeit der höchsten technischen und kaufmännischen Leistung der Gewerbe- und Kauf-

mannsbetriebe setzen wird. So wertvoll auch die Syndikate für die Stetigkeit der Industrieverhältnisse sind, so müssen sie doch auf dem freien Entschlusse der Beteiligten aufgebaut bleiben und im Interesse des technischen Fortschrittes und der Wirtschaftsfreiheit ihre Beweglichkeit und Lösungsmöglichkeit behalten.

Durch Zwangstabelle wird wenigstens noch grundsätzlich der private Betrieb der Industrie in der Form der Einzelunternehmung und damit der Wettbewerb persönlicher Tatkraft und Tüchtigkeit aufrechterhalten. Durch Staatsmonopole würden auch diese Quellen des wirtschaftlichen Fortschrittes verschüttet werden. Sie würden den schwierigen Wiederaufbau der inneren Volkswirtschaft nicht fördern, geschweige denn den Kampf um den Weltmarkt mit der Beweglichkeit, schnellen Entschlossenheit und Wagemutigkeit aufnehmen können, die die schon heute zu übersehenden großen Schwierigkeiten auf diesem Gebiete erfordern.

Die Verödung des Wirtschaftslebens, die die Folge umfassenderer Monopolisierung sein muß, wird verstärkt durch die Verdrängung wichtiger Handelsgruppen aus dem Kreise der Monopolwirtschaft. Der Handel hat aber ein Recht, für die ungeheuren Verluste entschädigt zu werden, die er durch ungerechte Ausschaltung und Nichtachtung im Kriege erfahren hat. Auch würde es verhängnisvoll sein, die wertvollen Erfahrungen des Auslandshandels bei der Bearbeitung des Auslandmarktes aususchalten.

Die Industrie und der Handel sind gewiß gern bereit, den auf sie fallenden Anteil an großen Reichslasten zu tragen. Es ist aber bisher nicht bewiesen, daß dieser nur durch Zwangssyndikate oder Staatsmonopole aufgebracht werden kann.

Bohmende Arbeit für unsere Arbeitermassen und ein steuerkräftiger wirtschaftlicher Mittelstand werden nur dann gesichert erscheinen, wenn sich der Aufbau unseres Wirtschaftslebens nach dem Kriege unter der Möglichkeit freier Entfaltung aller Kräfte und Fähigkeiten in Industrie und Handel vollzieht.